

Offener Brief an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses des Landkreises Vorpommern Greifswald

Sehr geehrt Frau Görs und sehr geehrte Damen und Herren des Jugendhilfeausschusses,

wir schreiben Ihnen als ein Netzwerk von Sozialpädagog*innen, die in verschiedenen Landkreisen und kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns im Bereich der Jugendstraßensozialarbeit beschäftigt sind.

Mit Bestürzung haben wir erfahren, dass die Stellen der Streetwork-Kolleg*innen in Greifswald nicht weiter im kommunalen Haushalt berücksichtigt werden sollen. Die langfristige und kontinuierliche Beziehungsarbeit, die über mehr als 25 Jahre durch die Kolleg*innen etabliert wurde und eine zentrale Ressource für gelingende Soziale Arbeit ist, wird in dem Zuge außer Kraft gesetzt.

Aufsuchende Streetworker*innen adressieren junge Menschen (im Alter von 14 bis 27) in öffentlichen und halböffentlichen Räumen, die von sozialer Benachteiligung, Ausgrenzung, Kriminalisierung und Stigmatisierung betroffen sind. Diese werden von einrichtungsbezogenen Angeboten oftmals nicht erreicht. Dabei steht der Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung im Mittelpunkt. Durch niedrigschwellige, ressourcenorientierte Angebote, wie spontane und flexible Beratungen und Vermittlungen vor Ort, wird eine Stabilisierung der jungen Menschen in ihrer Lebenssituation angestrebt. Dabei zielt diese Arbeit auf die gesellschaftliche Inklusion oder Integration der jungen Menschen ab.

In den letzten Jahren hat sich die Bedeutung von Streetwork und niedrigschwelliger Angebote vor dem Hintergrund, der sich immer schneller wandelnden Lebenswelten erhöht und in vielen Gebietskörperschaften in MV Einzug in die lokale Jugendhilfeplanung gefunden.

Beispielsweise hat die Rostocker Kommune nach umfassenden Lebenswelt- und Sozialraumanalysen und langer Zeit, in der es keine aufsuchende Arbeit im öffentlichen Raum gab, Streetwork erneut in der Stadt etabliert, ausgeweitet und perspektivisch verstetigt.

Eine konkrete Wirkung von Jugendstraßensozialarbeit aufzuzeigen ist schwierig, in diesem Zusammenhang verweisen wir jedoch auf die Petition des Stadtjugendrings Greifswald, welche in ihren Kommentaren eine überwältigende Wirkungsresonanz verdeutlicht.

Das Anliegen des Antrags (582020), das Arbeitsfeld der Jugendstraßensozialarbeit im Landkreis systematisch weiter zu entwickeln, begrüßen wir sehr. Dies macht es aus unserer Sicht unabdingbar, die Stellen der Kolleg*innen zu erhalten. Diese haben über die letzten Jahrzehnte die Arbeit der Jugendstraßensozialarbeit im Land Mecklenburg-Vorpommern mitentwickelt und geprägt.

Wir senden daher hiermit einen dringenden Appell an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, die Entscheidung der Auflösung des Arbeitsfeldes zurückzunehmen. Sollte eine Auflösung der Stellen unabwendbar sein, empfehlen wir eindringlich auf einen geordneten Übergang hinzuwirken, so dass die niedrigschwelligen Beratungsstrukturen, die durch die Streetworkarbeit bereit gestellt werden nicht wegfallen.

Sollten sie fachliche Rückfragen haben, stehen Ihnen Martin Manzei und Johanna Schäfer (Soziale Bildung e.V.) stellvertretend für das Netzwerk zur Verfügung.

Sie erreichen uns unter folgender E-Mail-Adresse: streetwork@soziale-bildung.org.

Netzwerks Streetwork Mecklenburg-Vorpommern